

25 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates XIV. GP

13. 11. 1975

Regierungsvorlage

ABKOMMEN

zwischen der Republik Österreich und der Ungarischen Volksrepublik über die gebührenfreie Erteilung von Sichtvermerken für Reisen zur Erfüllung wirtschaftlicher, wissenschaftlicher, kultureller oder sportlicher Aufgaben

Der Bundespräsident der Republik Österreich und der Präsidualrat der Ungarischen Volksrepublik von dem Wunsche geleitet, die freundschaftlichen Beziehungen der beiden Staaten auch auf dem Gebiete des Reiseverkehrs weiter zu entwickeln, sind übereingekommen, ein Abkommen über die gebührenfreie Erteilung von Sichtvermerken für Reisen von Staatsbürgern der Vertragsstaaten zur Erfüllung wirtschaftlicher, wissenschaftlicher, kultureller oder sportlicher Aufgaben zu schließen, und haben zu diesem Zweck zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Der Bundespräsident der Republik Österreich:
Herrn Dr. Erich Bielka,
Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten,
Der Präsidualrat der Ungarischen Volksrepublik:
Herrn Frigyes Puja,

Minister für Auswärtige Angelegenheiten,
die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgendes vereinbart haben:

Artikel 1

(1) Ungarische Staatsbürger, die Inhaber eines gültigen gewöhnlichen ungarischen Reisepasses sind und die zur Erfüllung wirtschaftlicher, wissenschaftlicher oder kultureller Aufgaben in das Hoheitsgebiet der Republik Österreich einreisen oder durch dieses durchreisen wollen, erhalten den für solche Reisen erforderlichen Sichtvermerk gebührenfrei und mit einer Gültigkeitsdauer von sechs Monaten, wenn sie einer

österreichischen Vertretungsbehörde entweder die Einladung einer in Art. 2 Abs. 1 genannten österreichischen Stelle oder eine Bescheinigung des Ungarischen Außenministeriums bzw. des nach dem Reisezweck zuständigen Ministeriums, eines anderen amtlichen Zentralorgans oder des Rates der Hauptstadt bzw. eines Komitats der Ungarischen Volksrepublik über die Notwendigkeit der Reise beibringen.

(2) Ungarische Staatsbürger, die Inhaber eines gültigen gewöhnlichen ungarischen Reisepasses sind und die zur Erfüllung sportlicher Aufgaben in das Hoheitsgebiet der Republik Österreich einreisen oder durch dieses durchreisen wollen, erhalten den für solche Reisen erforderlichen Sichtvermerk gebührenfrei und mit der zur Erfüllung ihrer Aufgaben nötigen Gültigkeitsdauer, wenn sie einer österreichischen Vertretungsbehörde entweder die Einladung einer in Art. 2 Abs. 2 genannten österreichischen Stelle oder eine Bescheinigung des nach dem Reisezweck zuständigen amtlichen ungarischen Zentralorgans oder des Rates der Hauptstadt bzw. eines Komitats der Ungarischen Volksrepublik über die Notwendigkeit der Reise beibringen.

(3) Bescheinigungen gemäß Abs. 1 und 2 sind nach dem Muster der Anlage A auszustellen.

Artikel 2

(1) Österreichische Staatsbürger, die Inhaber eines gültigen gewöhnlichen österreichischen Reisepasses sind und die zur Erfüllung wirtschaftlicher, wissenschaftlicher oder kultureller Aufgaben in das Hoheitsgebiet der Ungarischen Volksrepublik einreisen oder durch dieses durchreisen wollen, erhalten den für solche Reisen erforderlichen Sichtvermerk gebührenfrei und mit einer Gültigkeitsdauer von sechs Monaten, wenn sie einer ungarischen Vertretungsbehörde entweder die offizielle Einladung einer ungarischen Stelle oder bei Reisen zur Erfüllung wirtschaftlicher Aufgaben eine Bescheinigung ihrer gesetzlichen beruflichen Interessenvertretung, bei Reisen zur Erfüllung wissenschaftlicher oder

kultureller Aufgaben eine Bescheinigung des hierfür sachlich zuständigen Bundesministeriums bzw. Amtes der Landesregierung über die Notwendigkeit der Reise beibringen.

(2) Österreichische Staatsbürger, die Inhaber eines gültigen gewöhnlichen österreichischen Reisepasses sind und die zur Erfüllung sportlicher Aufgaben in das Hoheitsgebiet der Ungarischen Volksrepublik einreisen oder durch dieses durchreisen wollen, erhalten den für solche Reisen erforderlichen Sichtvermerk gebührenfrei und mit der zur Erfüllung ihrer Aufgaben nötigen Gültigkeitsdauer, wenn sie einer ungarischen Vertretungsbehörde entweder die offizielle Einladung einer ungarischen Stelle oder eine Bescheinigung des hierfür sachlich zuständigen Bundesministeriums bzw. Amtes der Landesregierung über die Notwendigkeit der Reise beibringen.

(3) Bescheinigungen gemäß Abs. 1 und 2 sind nach dem Muster der Anlage B auszustellen.

Artikel 3

(1) Wenn für Staatsbürger eines Vertragsstaates zur Erfüllung wirtschaftlicher, wissenschaftlicher oder kultureller Aufgaben die mehrmalige Einreise in das Hoheitsgebiet bzw. die mehrmalige Durchreise durch das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates unerlässlich ist, werden Sichtvermerke gemäß Art. 1 Abs. 1 bzw. Art. 2 Abs. 1 dieses Abkommens nach Möglichkeit für die mehrmalige Einreise bzw. Durchreise erteilt.

(2) Sichtvermerke gemäß Art. 1 Abs. 1 bzw. Art. 2 Abs. 1 dieses Abkommens werden für die Ausübung einer Tätigkeit, für die im sichtvermerkerteilenden Vertragsstaat eine arbeitsrechtliche Genehmigung erforderlich ist, nur bei Vorliegen einer solchen Genehmigung erteilt.

Artikel 4

Die zuständigen Organe der Vertragsstaaten sind berechtigt, gemäß Art. 1 bzw. Art. 2 dieses Abkommens erteilte Sichtvermerke in Einzelfällen für ungültig zu erklären.

Artikel 5

Durch dieses Abkommen wird das Recht der zuständigen Organe der Vertragsstaaten,

Personen, die sie als unerwünscht ansehen, die Erteilung eines Sichtvermerkes, die Einreise oder den Aufenthalt zu verweigern, nicht berührt.

Artikel 6

Artikel 2 und 4 des Abkommens zwischen der Bundesregierung der Republik Österreich und der Regierung der Ungarischen Volksrepublik über die Aufhebung der Sichtvermerkspflicht für Inhaber von Dienstpässen vom 29. April 1969 werden unbeschadet der Weitergeltung der übrigen Bestimmungen des Abkommens aufgehoben.

Artikel 7

(1) Dieses Abkommen ist zu ratifizieren; die Ratifikationsurkunden sind in Wien auszutauschen. Es tritt am 60. Tage nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

(2) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit abgeschlossen. Es tritt sechs Monate nach dem Zeitpunkt außer Kraft, zu dem einer der Vertragsstaaten dem anderen schriftlich auf dem diplomatischen Wege die Kündigung des Abkommens mitgeteilt hat.

(3) Das Außerkrafttreten dieses Abkommens läßt die Gültigkeit bereits erteilter Sichtvermerke sowie das Recht der zuständigen Organe der Vertragsstaaten zur Ungültigerklärung dieser Sichtvermerke gemäß Artikel 4 dieses Abkommens unberührt.

ZU URKUND DESSEN haben die Bevollmächtigten der beiden Vertragsstaaten dieses Abkommen unterzeichnet und mit Siegeln versehen.

GESCHEHEN zu Budapest, am 25. Februar 1975, in zwei Urschriften, in deutscher und ungarischer Sprache, wobei beide Texte in gleicher Weise authentisch sind.

Für die Republik
Österreich:

E. BIELKA m. p.

Für die Ungarische
Volksrepublik:

PUJA Frigyes m. p.

.....
Kiállító szerv megnevezése
(bélyegző)

IGAZOLÁS

Igazoljuk, hogy

Név:

Születési év, hely:

Állampolgársága:

Lakhelye:.....

Foglalkozása:

gazdasági, tudományos, kulturális, sport *) célú küldetésben..... -hoz,
..... időtartamra be (át) utazik az Osztrák Köz-
társaság területén.

Kérjük, hogy az illetékes osztrák külképviselet nevezett személy részére egyszeri, kétszeri, többszöri*)
díjmentes vízumot kiadni szíveskedjék.

Ez az igazolás a kiállítást követő 6 hónapon túl érvényét veszti.

Kelt:

aláírás



*) A nem kívánt rész törlendő

.....
Name des ausstellenden Organs
(Stempel)

BESCHEINIGUNG

Es wird bescheinigt, daß

Name:

Jahr und Ort der Geburt:

Staatsbürgerschaft:

Wohnort:

Beruf:

in seiner Eigenschaft als zur Erfüllung wirtschaftlicher, wissenschaftlicher, kultureller, sportlicher *) Aufgaben

zu

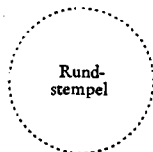
für die Dauer von in/durch das Gebiet der Republik Österreich ein/durchreist.

Es wird ersucht, daß die zuständige österreichische Außenvertretung dem Genannten ein einmaliges, zweimaliges, mehrmaliges *) unentgeltliches Visum erteilen möge.

Diese Bescheinigung verliert ihre Gültigkeit 6 Monate nach dem Tage ihrer Ausstellung.

Datum:

Unterschrift



*) Unerwünschtes ist zu streichen

25 der Beilagen

5

Anlage B

.....
Name der ausstellenden Stelle
(Langstempel)

BESCHEINIGUNG

Es wird bescheinigt, daß

Name:

Geburtsdatum, -ort:

Mädchenname der Mutter:

Staatsbürgerschaft:

Wohnort:

Beruf:

in seiner Eigenschaft als
aus wirtschaftlichen / wissenschaftlichen / kulturellen / sportlichen *) Gründen

a) durch Ungarn durchzureisen hat *)

b) für die Dauer von Tagen nach Ungarn:

.....
(Zielort, Institution)

einzureisen hat. *)

Die zuständige ungarische Vertretungsbehörde wird daher ersucht, dem Genannten einen gebühren-
freien Sichtvermerk zur

einmaligen *)

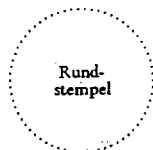
zweimaligen Einreise / Durchreise *) zu erteilen.

mehrmaligen

Diese Bescheinigung verliert 6 Monate nach Ausstellung ihre Gültigkeit.

Datum:

Unterschrift:



*) Nichtzutreffendes streichen

EGYEZMÉNY

az Osztrák Köztársaság és a Magyar Népköztársaság között a gazdasági, tudományos, kulturális vagy sportcélu utazásokhoz illetékmentes vízum kiadása tárgyában

Az Osztrák Köztársaság Szövetségi Elnöke és a Magyar Népköztársaság Elnöki Tanácsa attól az óhajtól vezetve, hogy a két állam baráti kapcsolatait az utasforgalom területén is fejlesszék, megállapodtak, hogy Egyezményt kötnek a Szerződő Felek állampolgárai gazdasági, tudományos, kulturális vagy sportcélu utazásaihoz illetékmentes vízum kiadásáról, és ebből a célból Meghatalmazottaikká kinevezték

Az Osztrák Köztársaság Szövetségi Elnöke
Dr. Erich Bielka szövetségi külügyminisztert

A Magyar Népköztársaság Elnöki Tanácsa

Puja Frigyes külügyminisztert

akik jó és kellő alakban talált meghatalmazásuk kicserélése után az alábbiakban állapodtak meg:

1. cikk

(1) Érvényes magyar magánútlevelel rendelkező magyar állampolgárok, akik gazdasági, tudományos vagy kulturális feladat ellátására az Osztrák Köztársaság területére be-, vagy azon átutazni kívánnak az ilyen utazásokhoz szükséges vízumot díjmentesen, hat havi érvényességgel kapják, ha az osztrák külképviseleteknek a 2. cikk (1) bekezdésében megjelölt osztrák szervek meghívását, vagy a Magyar Külügyminisztérium, illetőleg az utazás célja szerint illetékes minisztérium, országos hatáskörű szerv, továbbá a fővárosi, illetőleg megyei tanácsok igazolását az utazás szükségességéről bemutatják.

(2) Érvényes magyar magánútlevelel rendelkező magyar állampolgárok, akik sportfeladatok teljesítésére az Osztrák Köztársaság területére be-, vagy azon átutazni kívánnak az ilyen utazásokhoz szükséges vízumot díjmentesen a feladat teljesítéséhez szükséges időtartamra kapják, ha az osztrák külképviseleteknek a 2. cikk (2) bekezdésében megjelölt osztrák szerv meghívását, vagy az utazás célja szerint illetékes magyar országos hatáskörű szerv, továbbá a fővárosi, illetőleg megyei tanácsok igazolását az utazás szükségességéről bemutatják.

(3) Az (1) és (2) bekezdésben említett igazolást az Egyezmény „A” melléklete szerint kell elkészíteni.

2. cikk

(1) Érvényes osztrák polgári útlevelel rendelkező osztrák állampolgárok, akik gazdasági,

tudományos vagy kulturális feladat ellátására a Magyar Népköztársaság területére be-, vagy azon keresztül utazni kívánnak az ilyen utazásokhoz szükséges vízumot díjmentesen, hat havi érvényességgel kapják, ha a magyar külképviseleti hatóságoknak, magyar szerv hivatalos meghívását, vagy gazdasági feladatok ellátását szolgáló utazás esetén törvényes szakmai érdekképviselet, a tudományos vagy kulturális célokat szolgáló utazás esetén az illetékes szövetségi minisztérium, illetve Tartományi Kormányhivatal igazolását az utazás szükségességéről bemutatják.

(2) Érvényes osztrák polgári útlevelel rendelkező osztrák állampolgárok, akik sportfeladatok teljesítésére a Magyar Népköztársaság területére be-, vagy azon átutazni kívánnak az ilyen utazásokhoz szükséges vízumot díjmentesen és a feladat teljesítéséhez szükséges időtartamra kapják, ha a magyar külképviseleteknek magyar szerv hivatalos meghívását, vagy az utazás célja szerint illetékes osztrák szövetségi minisztérium, illetve Tartományi Kormányhivatal igazolását bemutatják.

(3) Az (1) és (2) bekezdésben említett igazolást az Egyezmény „B” melléklete szerint kell elkészíteni.

3. cikk

(1) Ha a Szerződő Felek állampolgárai számára gazdasági, tudományos vagy kulturális feladatok teljesítéséhez a másik Szerződő Fél területére a többszöri be-, vagy átutazás elengedhetetlen, az Egyezmény 1. cikk (1) bekezdése, illetve a 2. cikk (1) bekezdése alapján többszöri be-, illetve átutazási vízumot lehet kiadni.

(2) Ha az utazás olyan tevékenység céljából történik, amelyet a vízumot adó Szerződő Fél munkavállalási engedélyhez köt, az Egyezmény 1. cikk (1) bekezdése, illetve a 2. cikk (1) bekezdése alapján a vízum kiadásához ezt az engedélyt fel kell mutatni.

4. cikk

A Szerződő Felek illetékes hatóságainak joga van az Egyezmény 1. cikke, illetve 2. cikke alapján kiadott vízumokat esetenként érvényteleníteni.

5. cikk

Az Egyezmény nem érinti a Szerződő Felek illetékes hatóságainak azt a jogát, hogy a nemkívánatosnak tartott személyek részére a vízum kiadását, e személyek beutazását vagy tartózkodását megtagadják.

6. cikk

A Magyar Népköztársaság Kormánya és az Osztrák Köztársaság Szövetségi Kormánya között a szolgálati útlevelel rendelkezők vízumkötelezettségének megszüntetéséről szóló, 1969. április 29-én kelt Egyezmény 2. cikke és 4. cikke — az Egyezmény más rendelkezéseinek érintetlenülhagyása mellett — érvényét veszti.

7. cikk

(1) Ezt az Egyezményt meg kell erősíteni; a megerősítő okiratokat Bécsben ki kell cserélni. Az Egyezmény a megerősítő okiratok kicserélését követő 60. napon lép hatályba.

(2) Az Egyezmény határozatlan időre szól, és attól az időponttól számított 6 hónap elteltével veszti hatályát, hogy a Szerződő Felek egyike írásban, diplomáciai úton a másik Szerződő Féllel a felmondást közölte.

(3) Az Egyezmény hatályának megszűnése az azt megelőzően kiadott vízumok érvényét, továbbá a Szerződő Felek illetékes hatóságainak az Egyezmény 4. cikkében e vízumok érvénytelenítéséről meghatározott jogát nem érinti.

Ennek hiteléül a Szerződő Felek meghatalmazottai az Egyezményt aláírták és pecsétjükkel ellátták.

Készült Budapesten, az 1975. évi február hó 25. napján két eredeti példányban, német és magyar nyelven. Mindkét szöveg egyaránt hiteles.

Az Osztrák Köztársaság
nevében:

E. BIELKA m. p.

A Magyar Népköztársaság
nevében:

PUJA Frigyes m. p.

.....
Kiállító szerv megnevezése
(bélyegző)

IGAZOLÁS

Igazoljuk, hogy

Név:

Születési év, hely:

Állampolgársága:

Lakhelye:.....

Foglalkozása:

gazdasági, tudományos, kulturális, sport *) célu küldetésben -hoz,
..... időtartamra be (át) utazik az Osztrák Köztársaság területén.

Kérjük, hogy az illetékes osztrák külképviselet nevezett személy részére egyszeri, kétszeri, többszöri*)
díjmentes vizumot kiadni sziveskedjék.

Ez az igazolás a kiállítást követő 6 hónapon tul érvényét veszti.

Kelt:
.....
aláírás



*) A nem kívánt rész törölendő

.....
Name der ausstellenden Stelle
(Langstempel)

BESCHEINIGUNG

Es wird bescheinigt, daß

Name:

Geburtsdatum, -ort:

Mädchenname der Mutter:

Staatsbürgerschaft:.....

Wohnort:

Beruf:.....

in seiner Eigenschaft als
aus wirtschaftlichen / wissenschaftlichen / kulturellen / sportlichen *) Gründen

a) durch Ungarn durchzureisen hat *)

b) für die Dauer von Tagen nach Ungarn:

.....
(Zielort, Institution)

einzureisen hat. *)

Die zuständige ungarische Vertretungsbehörde wird daher ersucht, dem Genannten einen gebühren-
freien Sichtvermerk zur

einmaligen *)

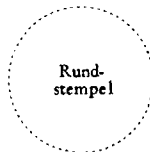
zweimaligen Einreise / Durchreise *) zu erteilen.

mehrmaligen

Diese Bescheinigung verliert 6 Monate nach Ausstellung ihre Gültigkeit.

Datum:

Unterschrift:



*) Nichtzutreffendes streichen

10

25 der Beilagen

"B" melléklet a német nyelvű szöveg fordítása

.....
 Kiállító szerv megnevezése
 (fejbélyegző)

IGAZOLÁS

Igazoljuk, hogy

Név:

Születési év, hely

Anyja leánykori neve:

Állampolgársága:

Lakhelye:

Foglalkozása:

gazdasági, tudományos, kulturális, sport *) célból minőségben

a) Magyarországon átutazik *)

b) Magyarországra napokra

.....
 (rendeltetési hely, intézmény)

beutazik *)

Kérjük, hogy az illetékes magyar külképviselet nevezettnek díjmentes vízumot adjon.
 egyszeri *)

kétszeri beutazáshoz *) átutazáshoz

többszöri

Ez az igazolás a kiállítást követő 6 hónapon túl érvényét veszti.

Kelt:

aláírás



*) A nem kívánt rész törlendő

Erläuterungen

Allgemeiner Teil

Da das Abkommen im Art. 1 Abs. 1 und 2 sowie im Art. 3 Abs. 1 Bestimmungen gesetzändernden und gesetzergänzenden Charakters enthält, bedarf es der Genehmigung des Nationalrates gemäß Art. 50 Abs. 1 des Bundes-Verfassungsgesetzes. Die Erläuterungen zu diesen Bestimmungen sind im Besonderen Teil enthalten.

Das Abkommen enthält weder verfassungsändernde noch verfassungsergänzende Bestimmungen.

Ein Beschluß des Nationalrates gemäß Art. 50 Abs. 2 des Bundes-Verfassungsgesetzes, daß der gegenständliche Staatsvertrag durch Erlassung von Gesetzen zu erfüllen ist, ist nicht erforderlich.

Die Durchführung des Abkommens wird für die österreichischen Behörden einen gewissen Mehraufwand an Verwaltungsarbeit und, infolge der Abschaffung der Sichtvermerksgebühren für den im Abkommen angeführten Personenkreis, auch einen — allerdings geringen — Einnahmementgang mit sich bringen. Dem Bund wird jedoch aus diesem Abkommen keine Vermehrung des Personalstandes erwachsen.

Mit der Ungarischen Volksrepublik wurden bereits folgende Abkommen über die Aufhebung der Sichtvermerkspflicht für bestimmte Personengruppen abgeschlossen:

Notenwechsel über die Aufhebung des Sichtvermerkszwanges für Diplomatenpässe zwischen der Republik Österreich und der Volksrepublik Ungarn, Wien, 9. April 1965, BGBl. Nr. 116;

Abkommen zwischen der Bundesregierung der Republik Österreich und der Regierung der Ungarischen Volksrepublik über die Aufhebung der Sichtvermerkspflicht für Inhaber von Dienstpässen, Wien, 29. April 1969, BGBl. Nr. 167;

Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Ungarischen Volksrepublik über die Einreise und den Aufenthalt von Schiffen, Wien, 17. Mai 1971, BGBl. Nr. 252.

Der österreichische Wunsch nach Abschluß eines allgemeinen Sichtvermerksabkommens mit der Ungarischen Volksrepublik wurde in den letzten Jahren wiederholt bei entsprechenden Anlässen, insbesondere bei jedem österreichisch-ungarischen Staatsbesuch sowie bei der Tagung der Österreichisch-Ungarischen allgemeinen Gemischten Kommission in Wien, vom 23. bis 25. Oktober 1973, der ungarischen Seite gegenüber zur Sprache gebracht.

Die ungarische Seite hat diesem österreichischen Vorschlag mit dem Hinweis geantwortet, daß man derzeit nicht an den Abschluß eines allgemeinen Sichtvermerksabkommens denken könne, jedoch als Gegenvorschlag angeregt, ein Abkommen über die gebührenfreie Erteilung von Sichtvermerken für Reisen zur Erfüllung wirtschaftlicher, wissenschaftlicher, kultureller oder sportlicher Aufgaben abzuschließen. Die gegenständlichen Verhandlungen im Jahre 1974 haben zur Ausarbeitung des vorliegenden Abkommens geführt, das am 25. Feber 1975 in Budapest unterzeichnet wurde.

Wie bereits in der Einleitung zu diesen Erläuterungen angeführt, bedeutet die Durchführung dieses Abkommens für die österreichischen Behörden einen gewissen Mehraufwand an Verwaltungsarbeit durch die Ausstellung von Bescheinigungen über den Zweck und die Notwendigkeit der Reise und infolge der Abschaffung der Sichtvermerksgebühren für den im Abkommen angeführten Personenkreis auch einen Einnahmementgang, der allerdings verhältnismäßig gering sein wird. Es erscheint jedoch aus außenpolitischen Gründen zweckmäßig, dieses von ungarischer Seite vorgeschlagene Abkommen abzuschließen, das in der gegenwärtigen Situation wohl das äußerste derzeit mögliche Zugeständnis zu einer Liberalisierung des österreichisch-ungarischen Reiseverkehrs darstellen dürfte. Darüber hinaus bringt ein solches Abkommen für einen relativ großen Kreis österreichischer Staatsbürger wesentliche Erleichterungen für Reisen nach Ungarn, zumal es österreichischerseits gelungen ist, bei den Verhandlungen die Aufnahme von Bestimmungen über die Erteilung

von längerfristigen Sichtvermerken, das heißt von Sichtvermerken mit einer Gültigkeitsdauer von sechs Monaten, in das Abkommen zu erwirken.

Besonderer Teil

Zu Artikel 1 und 2:

In den ersten Absätzen dieser beiden Artikel wird den Staatsbürgern der beiden Vertragsstaaten die Möglichkeit eröffnet, gebührenfreie Sichtvermerke mit einer Gültigkeitsdauer von sechs Monaten zu erhalten, sofern sie Inhaber gültiger gewöhnlicher Reisepässe sind und in Erfüllung wirtschaftlicher, wissenschaftlicher oder kultureller Aufgaben in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates einreisen oder durchreisen wollen.

Die Abs. 2 der beiden erwähnten Artikel eröffnen Staatsbürgern der beiden Vertragsstaaten, welche in Erfüllung sportlicher Aufgaben in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates einreisen wollen, dieselbe Möglichkeit mit dem Unterschied, daß die ebenfalls gebührenfrei zu erteilenden Sichtvermerke mit der zur Erfüllung ihrer Aufgaben nötigen Gültigkeitsdauer ausgestellt werden. Diese Sichtvermerke werden also in der Regel eine Gültigkeitsdauer von weniger als sechs Monaten haben.

Der Inhalt der Art. 1 und 2 des gegenständlichen Abkommens stellt sich wohl als weiterer Schritt zur angestrebten Liberalisierung des Reiseverkehrs mit Ungarn dar, doch blieb das Ergebnis hinter den österreichischen Erwartungen zurück, welche dahin gegangen waren, mit Ungarn ein Abkommen des Inhalts zu schließen, daß für Reisen zur Erfüllung wirtschaftlicher, wissenschaftlicher, kultureller oder sportlicher Aufgaben gebührenfreie Sichtvermerke für die mehrmalige Einreise mit einjähriger Gültigkeitsdauer zu erteilen wären.

Folgende Bestimmungen haben gesetzändernden bzw. gesetzsergänzenden Charakter:

Art. 1 Abs. 1:

Verpflichtung der österreichischen Vertretungsbehörden, ungarischen Staatsbürgern, die Inhaber eines gültigen gewöhnlichen Reisepasses sind und die zur Erfüllung wirtschaftlicher, wissenschaftlicher oder kultureller Aufgaben in das Hoheitsgebiet der Republik Österreich einreisen oder durch dieses durchreisen wollen, bei Vorlage einer entsprechenden Bestätigung der im Abkommen angeführten Stellen den erforderlichen Sichtvermerk

- a) gebührenfrei und
- b) mit einer Gültigkeitsdauer von sechs Monaten zu erteilen.

§ 10 Abs. 5 des Konsulargebührengesetzes 1967, BGBl. Nr. 380, sieht eine solche Gebührens-befreiung nur aus wichtigen handels- oder wirtschaftspolitischen Gründen, nicht jedoch für Reisen zur Erfüllung wissenschaftlicher, kultureller oder sportlicher Aufgaben vor. Die Verpflichtung, Sichtvermerke mit einer Gültigkeitsdauer von sechs Monaten zu erteilen, bedeutet eine Einschränkung des im § 26 Abs. 2 und 3 des Paßgesetzes 1969, BGBl. Nr. 422, den österreichischen Behörden eingeräumten freien Ermessens bei der Festlegung der Gültigkeitsdauer von Sichtvermerken.

Art. 1 Abs. 2:

Ebenso stellt sich die Verpflichtung österreichischer Vertretungsbehörden, ungarischen Staatsbürgern, die zur Erfüllung sportlicher Aufgaben in das Hoheitsgebiet der Republik Österreich einreisen oder durch dieses durchreisen wollen, den für solche Reisen erforderlichen Sichtvermerk gebührenfrei und mit der zur Erfüllung der sportlichen Aufgaben nötigen Gültigkeitsdauer zu erteilen, als eine Änderung der Bestimmungen des § 10 Abs. 5 des Konsulargebührengesetzes 1967 und des § 26 Abs. 2 und 3 des Paßgesetzes 1969 dar.

Die im Art. 2 erwähnten „Bescheinigungen“ stellen sich verfahrensrechtlich als Beurkundung von Tatsachen durch eine Behörde (d. i. auch die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, die hier als Selbstverwaltungskörper im übertragenen Wirkungsbereich tätig wird) dar und sind somit „öffentliche Urkunden“, die von den im Vertrag erwähnten Behörden „innerhalb der Grenzen ihrer Amtsbefugnis“ (§ 292 Abs. 1 ZPO) ausgestellt werden.

Zu Artikel 3:

Dieser Artikel sieht vor, daß den Staatsbürgern der Vertragsstaaten, falls zur Erfüllung wirtschaftlicher, wissenschaftlicher oder kultureller Aufgaben die mehrmalige Einreise in das Hoheitsgebiet bzw. die mehrmalige Durchreise durch das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates unerläßlich ist, Sichtvermerke für die mehrmalige Einreise bzw. Durchreise erteilt werden.

Die im Abs. 1 enthaltene Verpflichtung, nach Möglichkeit Sichtvermerke für die mehrmalige Einreise zu erteilen, wenn dies für ungarische Staatsbürger zur Erfüllung wirtschaftlicher, wissenschaftlicher oder kultureller Aufgaben unerläßlich ist, ist als Einschränkung der den österreichischen Behörden im § 26 Abs. 1 und 3 des Paßgesetzes 1969 eingeräumten freien Ermessens bezüglich der Entscheidung, ob Sichtvermerke für die ein- oder mehrmalige Einreise zu erteilen sind, zu werten. Diese Bestimmung hat daher gesetzändernden Charakter.

Zu Artikel 4:

Art. 4 räumt den zuständigen Organen der Vertragsstaaten das Recht ein, gemäß Art. 1 bzw. 2 dieses Abkommens erteilte Sichtvermerke in Einzelfällen für ungültig zu erklären. Eine Ungültigerklärung wird dann vorzunehmen sein, wenn nachträglich Tatsachen bekannt werden oder eintreten, die die Versagung des Sichtvermerkes gerechtfertigt hätten oder rechtfertigen würden.

Zu Artikel 5:

Trotz der angestrebten Liberalisierung des Reiseverkehrs bleibt nach der Bestimmung dieses Artikels das Recht der zuständigen Organe der Vertragsstaaten, Personen, die sie als unerwünscht ansehen, die Erteilung eines Sichtvermerkes, die Einreise oder den Aufenthalt zu verweigern, durch dieses Abkommen unberührt.

Zu Artikel 6:

Dieser Artikel hebt die Art. 2 und 4 des Abkommens zwischen der Bundesregierung der Republik Österreich und der Regierung der Ungarischen Volksrepublik über die Aufhebung der Sichtvermerkplicht für Inhaber von Dienstpässen vom 29. April 1969 auf.

Durch Art. 2 des erwähnten Abkommens waren Inhaber ungarischer Dienstpässe, die zur Teilnahme an sportlichen oder künstlerischen

Veranstaltungen in das Hoheitsgebiet der Republik Österreich einreisen oder durch dieses durchreisen wollten, von den Begünstigungen des Art. 1 des erwähnten Abkommens, nämlich der sichtvermerksfreien Einreise, ausgenommen.

Art. 4 des Abkommens vom 19. April 1969 besagte, daß österreichische Staatsbürger, die Inhaber eines gültigen gewöhnlichen Reisepasses sind und die zur Erfüllung wirtschaftlicher Aufgaben in das Hoheitsgebiet der Ungarischen Volksrepublik einreisen oder durch dieses durchreisen wollen, hierfür gebührenfrei einen sechs Monate gültigen Sichtvermerk erhalten.

Insbesondere stellt die Aufnahme der gegenseitigen Verpflichtung in den Art. 3 des neuen Abkommens, nach Möglichkeit Sichtvermerke für die mehrmalige Einreise bzw. Durchreise, und zwar nicht nur für Reisen zur Erfüllung wirtschaftlicher, sondern auch wissenschaftlicher oder kultureller Aufgaben zu erteilen, einen konkreten Fortschritt gegenüber den Art. 4 des Abkommens von 1969 dar, der die Erteilung von Sichtvermerken für die mehrmalige Einreise bzw. Durchreise noch nicht vorsieht. Diese Bestimmung bedeutet zugleich eine Verwaltungsvereinfachung für die Behörden der beiden Vertragsstaaten.

Artikel 7:

Dieser Artikel enthält die üblichen Schlußbestimmungen.